

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: Klaus Kurtz (KV Düsseldorf)

Änderungsantrag zu GSP.W-01

Von Zeile 58 bis 60 einfügen:

Investitions- und Infrastrukturpolitik muss langfristig und verlässlich stattfinden. Um erfolgreich und nachhaltig zu wirtschaften, brauchen Unternehmen eine moderne und intakte Infrastruktur, gut ausgebildete Fachkräfte, gute Finanzierungsbedingungen, eine funktionierende öffentliche

Begründung

Nachhaltigkeit bzw. Nachhaltige Entwicklung findet sich im Grundsatzprogramm in einigen Textabsätzen, ausgeprägter in den Bereichen, in denen es um Ökologie und Internationales geht. Nachhaltige Entwicklung ist aber kein anderer Begriff für Ökologie oder etwa nur Ziel internationaler Politik. Es ist ein umfassendes gesellschaftspolitisches Konzept der Modernisierung der Weltgesellschaft, ein geeigneter Referenzrahmen für alle politischen Ebenen, von der Kommune bis hin zur UN. Das wird im Entwurf des Grundsatzprogramms nicht ausreichend deutlich. Ziel der Änderungsanträge in acht verschiedenen Kapiteln ist, mit geringen Änderungen dieses Verständnis deutlicher sichtbar zu machen im Grundsatzprogramm.

weitere Antragsteller*innen

Manfred Beck (KV Gelsenkirchen); Patrick Brehm (KV Wuppertal); Martina Lilla-Oblong (KV Gelsenkirchen); Reinhild Maria Hugenroth (KV Wittenberg); Martine Richli (KV Düsseldorf); Claudius Rafflenbeul-Schaub (KV Düsseldorf); Ulrich Dorprigter (KV Düsseldorf); Lisa Stöffgen (KV Saalekreis); Diana Hein (KV Düsseldorf); Werner Görtz (KV Düsseldorf); Gudrun Lux (KV München); Mario Howind (KV Düsseldorf); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Klaus-Dieter Seiffert (KV Gelsenkirchen); Heike Nabert de Lobo (KV Düsseldorf); Julius J. Oblong (KV Berlin-Pankow); Iris Witt (KV Düsseldorf); Sabine Ponath (KV Berlin-Pankow); Marco Huppertz (KV Düsseldorf); sowie 9 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.